

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

27. Jg. Nr. 3
Juni 2021

Editorial

Brückenkopf der Vorfreude

280.000 Besuche vom 13. bis 16. Mai auf oekt.de. Zum Abschluss der rund 100 digitalen Veranstaltungen des 3. ÖKT und der knapp 400 gemeldeten dezentralen Angebote ist mein Resümee geprägt von großer Dankbarkeit all denen gegenüber, die unter so erschwerten Bedingungen ein derart attraktives Fest gestaltet, neue Ansätze des Miteinanders und der gemeinsamen Sichtbarkeit entwickelt haben.

Was schon so viele Gemeinden mit großem Erfindungsreichtum und hohem Engagement während der Pandemie bewiesen, das hat nun der 3. Ökumenische Kirchentag für Großveranstaltungen ebenfalls manifestiert: Digitale Räume müssen nicht anonym sein. Im Gegenteil, sie ermöglichen menschliches Miteinander und eröffnen ganz neue Möglichkeiten.

Schon die Vorbereitungen haben gezeigt, wie agil und wie divergent wir sein können. Nicht nur individuell, sondern eben auch als Institutionen. Und nun hatten wir die Möglichkeit, weiterhin beschleunigt zu lernen und zu erfahren, wie konfessionelle Großveranstaltungen der Zukunft aussehen können. Auch nach der Überwindung von Corona werden wir von diesem Erfahrungsschatz profitieren. Der Katholikentag 2022 in Stuttgart soll analog stattfinden, aber auch hier planen wir mit einem digitalen Angebot.

Beim 3. Ökumenischen Kirchentag haben wir Menschen erreicht, die sonst außen vor waren. Es war noch nie so leicht, dabei zu sein! Unter den Streams war am beliebtesten das Oratorium EINS mit rund 25.000 Aufrufen. Zusammenaddiert feierten mit uns über 2.250.000 Menschen den Christi Himmelfahrts- und den Schlussgottesdienst. Der ÖKT in Frankfurt hatte eine Art Brückenkopffunktion: Wir dürfen uns jetzt schon freuen auf den Katholikentag 2022 und den Kirchentag 2023!

Marc Frings

Inhalt

Eine Lerngeschichte _____ 2
Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und der 3. Ökumenische Kirchentag
[Radu Constantin Miron](#)

Die Verfügbarkeit des individuellen Lebens _____ 4
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe
[Josef Römelt](#)

Umweltschutz – ein Thema für die Theologie? _____ 6
Von den Anfängen bis zu „Laudato si’“
[Roman Globokar](#)

Katholische Investorenallianz fordert Brasilien zum Schutz des Amazonas auf _____ 8
Warum das weltweit erste katholische Engagement dieser Größenordnung etwas verändern könnte
[Tommy Piemonte](#)

Corona als Herausforderung für das Gemeinwohl _____ 10
Zum Beitrag der Medien
[Peter Frey](#)

Aufholpaket fürs Leben _____ 12
Wie solidarisch sind wir mit jungen Menschen?
[Lisi Maier](#)

Eine Lerngeschichte

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und der 3. Ökumenische Kirchentag

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) auf den unterschiedlichen Ebenen – national, regional und lokal – versteht sich als Plattform des ökumenischen Austauschs und Miteinanders. Sie ist in ihrer Breite der beteiligten Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in Deutschland einzigartig und bietet damit ein großes Netzwerk in die kirchliche Landschaft hinein. Dennoch führt sie ein Schattendasein: Die Zusammenarbeit mit anderen Kirchen wird nach wie vor oftmals als zusätzliche Beanspruchung gesehen, die die ohnehin schon volle Agenda weiter strapaziert. Hinzu kommt, dass aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in Deutschland doch in weiten Teilen die bilaterale Ökumene zwischen den evangelisch-landeskirchlichen Kirchen und der römisch-katholischen Kirche im Blick ist. In ähnlicher Weise bildet sich auch die Organisationsstruktur der Ökumenischen Kirchentage (ÖKT) ab – getragen vom Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). So bekam die ACK zu Beginn der Planungen für den 3. ÖKT in Frankfurt durch die Besetzung von drei Personen aus den hierzulande kleinen Kirchen zwar Mitspracherecht im Präsidium, blieb aber zu Beginn überwiegend in einer beobachtenden Rolle verhaftet. Immerhin war sie aber strukturell von vornherein als Forum der multilateralen Ökumene mitgedacht – das war anders als bei den Vorbereitungen zu Berlin 2003 und München 2010. Dennoch blieb der Eindruck einer Unsicherheit, wie die ACK in die nicht immer klaren Strukturen der Vorbereitung und der Umsetzung des ÖKT mit eingebunden werden könnte.

Doch dieser Ökumenische Kirchentag sollte grundsätzlich anders werden als die beiden Vorgänger: Die Corona-Pandemie verlangte, dass ein rein analoges Begegnungsformat durch digitale und dezentrale Angebote ersetzt wurde. Mit der Partizipationsmöglichkeit von Personen aus weiteren ACK-Mitgliedskirchen ist es nicht nur gelungen, die Vorbereitungen von vornherein ökumenisch breiter und internationaler zu gestalten, sondern darüber hinaus

neue Netzwerke von Expertinnen und Experten aus anderen kirchlichen Kontexten aufzubauen.

ACK – authentisch, charismatisch, kollegial

Die Abkürzung ACK kann für vieles stehen. Selbstverständlich ist sie zuerst eine Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen. Im ersten Wort steckt schon das Ziel dieses Zusammenschlusses: Gemeinsam für die Einheit der Kirchen zu arbeiten und dieser Gemeinschaft durch Gebet, Tat und Erklärungen mehr und mehr Ausdruck zu geben. Dass jedoch diese Einheit, um die Jesus kurz vor seinem Tod im hohepriesterlichen Gebet (Joh 17,21) bittet, noch keine Realität ist, wird spätestens im Plural deutlich, der in der Bezeichnung „christliche Kirchen“ steckt. Es liegt also noch viel Arbeit vor uns. In meinem kurzen Gruß zu Beginn des ÖKT habe ich andere Attribute für ACK gefunden: authentisch, charismatisch und kollegial. Diese drei Adjektive beschreiben nicht nur die Arbeit der ACK, sondern im besten Fall auch die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie dem ZdK und dem DEKT.

a. authentisch

In unseren Kirchen merken wir nicht erst durch die zunehmende Anzahl an Menschen, die gleichgültig oder ablehnend der Kirche gegenüberstehen, wie wichtig Aufrichtigkeit und Authentizität sind. Dazu gehören eine transparente Kommunikation und nicht Wasser zu predigen, dann aber Wein zu trinken. Diese Glaubwürdigkeit ist für die Kirchen in einer pluralen Welt wichtiger und überlebensnotwendiger denn je. Wenn man uns nicht mehr abnimmt, was wir verkünden, dann verraten wir Jesu Auftrag. Das gilt nicht nur im Miteinander mit der Gesellschaft, sondern auch im Miteinander der Kirchen und Institutionen. Spaltungen, Konflikte, Intransparenz und Verrat schaden nicht nur einzelnen Kirchen, sondern dem ökumenischen Miteinander und der Authentizität der Kirchen generell, sie verdunkeln das gemeinsame Zeugnis. Ein ÖKT, der nicht authentisch ist, taugt zu nichts.

b. charismatisch

Im Wort „charismatisch“ findet sich die biblische Aussage nach dem Charisma (vgl. 1 Kor 12), nach dem Charis-

ma eines jeden Einzelnen, aber auch nach der Gesamtheit der durch den Geist Gottes bewirkten Gaben und Befähigungen. Ein Charisma zeigt sich durchaus von sich, oftmals muss es aber auch erkannt, gehoben und gefördert werden. Was vielleicht nach Management-Sprache klingt, wird auch in unseren Kirchen immer entscheidender, damit wir zu Orten werden, an denen Menschen ihre Begabungen zu ihrem Wohl und zum Wohle der Gesamtheit erfüllt leben können. Charismatisch zu sein impliziert aber auch, bescheiden zu werden. Es kann nicht jede und jeder alles. Und wer sich eine solche Allüre anmaßt, der oder die kommt schnell an seine oder ihre Grenzen. Wir sind aufeinander angewiesen – im alltäglichen Leben, aber auch in der Ökumene. Dass sich auch jenseits unserer Netzwerke und kirchlichen Strukturen Charismen und Gaben finden, die der Heilige Geist gesät hat, verlangt von uns, auf eine Entdeckungsreise zu gehen und diese Schätze in den anderen Traditionen zu heben und wertzuschätzen. Erst dann kann die Gesamtheit der von Gottes Geist gesäten Gaben zum Ausdruck kommen und im wahrsten Sinne des Wortes charismatisch die Frohe Botschaft zu den Menschen gebracht werden und in den Kirchen wirken. Als orthodoxer Christ stelle ich dankbar fest, dass dieses Entdecken niemals eine Einbahnstraße ist: So dankbar die ökumenische Community beim 2. ÖKT für die Begegnung mit der Artoklasia war, so aufschlussreich ist für die orthodoxen Christinnen und Christen das Kennenlernen neuer Formate in der Ökumene.

c. kollegial

Kollegial zu sein heißt, dem anderen und der anderen nichts zu unterstellen, sondern zunächst davon auszugehen, dass man in einem Team ist, sich gegenseitig unterstützt und miteinander ein gemeinsames Ziel verfolgt. Kollegial zu sein heißt auch, dem anderen nichts zu neiden, vielmehr sich über die Erfolge zu freuen, miteinander auch zu trauern über Dinge, von denen Abschied genommen werden muss und neue Pläne zu entwickeln, wie trotz der veränderten Umstände das gemeinsame Ziel weiterhin erreicht werden kann. Hinterhältigkeit, Eifersucht oder bewusste Intransparenz, um Dinge vorzuenthalten, sind nicht kollegial und helfen weder bei der Vorbereitung eines großen Projektes wie des ÖKT noch im

alltäglichen Miteinander der Kirchen auf ihrem Weg zur sichtbaren Einheit.

Eine Lerngeschichte

Authentisch, charismatisch, kollegial sind drei Begriffe, die nicht nur die Arbeit der ACK beschreiben, sie sind auch zugleich Mahner, immer glaubwürdig, ausdrucksstark und gemeinschaftlich das Wort Gottes zu verkünden. Die Zusammenarbeit der ACK und des ÖKT blieb in den vergangenen Jahren sicherlich auch das eine oder andere Mal hinter diesem Anspruch zurück – von beiden Seiten. Doch die zurückliegende Phase der Vorbereitung des ÖKT hat hoffentlich die eine oder andere Lerngeschichte hervorgebracht und durchaus auf beiden Seiten das Bewusstsein wachsen lassen, dass die Beherzigung der drei Adjektive zu einem größeren Verständnis füreinander, zu einer Erweiterung des Netzwerkes sowie die Hervorbringung von Schätzen anderer Traditionen zu einem authentischen, charismatischen und kollegialen ÖKT geführt hat, bei dem Freud und Leid in den Vorbereitungen und in der konkreten Durchführung geteilt wurden. Ob dies sichtbar bei den verschiedenen Gottesdiensten und digitalen Formaten war oder Auswirkungen auf die Gestaltung der dezentralen Angebote vor Ort hatte oder gar verdeckt hinter den Kulissen geschah – es ist eine Lerngeschichte, die uns als Christinnen und Christen weiter zusammenwachsen und damit zu einer stärkeren Stimme werden lässt. Es ist aber auch eine Lerngeschichte, die Maßstäbe für alle folgenden Großveranstaltungen, ob konfessionell geprägt oder dezidiert ökumenisch ausgerichtet, gesetzt hat. Daher sage ich als Vorsitzender der ACK herzlichen Dank für einen authentischen, charismatischen und kollegialen 3. ÖKT.

| [Erzpriester Radu Constantin Miron](#)
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

Die Verfügbarkeit des individuellen Lebens

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe

Das Bundesverfassungsgericht spricht in seinem Urteil vom 26. Februar 2020 zur Regelung der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe davon, dass die Entscheidung, das eigene Leben zu beenden, „wie keine andere Entscheidung Identität und Individualität des Menschen“ betreffe. Damit ist ausgedrückt, dass durch eine solche Entscheidung aufgrund der Irreversibilität der Ernst der Selbstbestimmung bewusst wird. Die Formulierung des Bundesverfassungsgerichtes scheint aber (gewollt?) offen für eine Auffassung, dass die Selbsttötung prinzipiell geradezu als tiefster Ausdruck unserer Person angesehen werden kann, als ein Sammelpunkt und Gipfel selbstbestimmter Lebensgestaltung und Verwirklichung der ureigensten Persönlichkeit. Was ist mit einer solchen Philosophie des selbstbestimmten Sterbens gemeint? Ist sie wirklich hilfreich, um das Sterben heute menschlich sein zu lassen?

In den existenzialistischen Deutungen des Todes im 20. Jahrhundert werden Tod und Sterben zu einem Schlüssel für das Verständnis der Würde des Lebens. Das „Vorlaufen in den Tod“ ist Bewusstwerdung der Einzigartigkeit der Lebenszeit. In dieser Bewusstwerdung erst gelingt es, aus der Anpassung an das „Man“ auszubrechen. Die Auseinandersetzung mit dem Tod ist so gesehen eine Hilfe, der eigenen existenziellen Berufung bewusst zu werden. Das Bundesverfassungsgericht geht weit über die existenzialistische Philosophie hinaus. Nicht die Bewusstmachung der Einzigartigkeit des Lebens, sondern der Suizid als Tötung erscheint als die ausgezeichnete Handschrift der Selbstbestimmung.

Wie aber mögen Ärzte die Unmöglichkeit der Bewertung der Beweggründe eines zur Selbsttötung Entschlossenen empfinden, die Suizidenten an der Selbsttötung zu hindern versuchen – wenn nötig zu ihrem Schutz mit Einweisung in eine geschlossene Psychiatrie? Wird ein solches Handeln zu einer Straftat? Oder: Müssen die therapeutischen Teams Patienten, die um Hilfe bei der Selbsttötung

bitten, unverzüglich Folge leisten, weil sie diesen Wunsch „nicht bewerten“ dürfen? Sind die Sorgfaltspflichten für Ärzte, die es selbst im „europäischen Mutterland der aktiven Sterbehilfe“ – in den Niederlanden – gibt (Ausweglosigkeit, Stabilität des Sterbewunsches ...), Verrat an der Freiheit des Menschen?

Christlicher Realismus – christliche Hoffnung

Die theologische Ethik beschäftigen auf dem Hintergrund des christlichen Glaubens in diesem Zusammenhang ganz andere Fragen, um das Sterben menschlich begleiten zu können. Dass wir sterben müssen, hat nach diesem Verständnis mit freiheitlichen Optionen zunächst nichts zu tun. Es sind Vorgaben unserer Existenz, an denen niemand rütteln kann. An denen selbst Gott, wie die Bibel an manchen Stellen sagt, „keine Freude hat“ (Weish 1,13). Zu diesem Realismus gehört sicherlich auch die gestaltende Aufgabe: Wie die letzten Wege im Sterben aussehen, das lässt sich beeinflussen. Das theologische Verständnis entzieht in diesem Sinne die letzte Lebensphase keineswegs in abstrakter Tabuisierung den freiheitlichen Gestaltungsmöglichkeiten des Individuums. Doch dieser Auftrag hat nichts mit der Gestaltungsfreiheit zu tun, wie sie der Mensch in anderen Lebensbereichen (Partnerbeziehung, Berufswahl usw.) erfährt. Es ist der Versuch, Menschlichkeit auch in den hart bedrängten Tagen des Lebens zu wahren.

Die christliche Lebenskultur hat immer an der Idee festgehalten, dass die Ermutigung gerade auch in den extremen Situationen von Krankheit, Schmerz und Leid die Hoffnungsperspektive des Glaubens konkretisieren kann. Ja, angesichts des Todes verschmelzen Unterstützung von Lebensmut und Hoffnung auf Auferstehung zu einem gegenseitigen Verweiszusammenhang. Das Versprechen, durch den Tod nicht vernichtet zu werden, soll Kraft geben, auch im Leid Ressourcen erfahrbarer Geborgenheit erleben zu können. Und die Erleichterung der Lasten, Schmerzen und Szenarien des Leides mithilfe vielfältiger medizinischer und sozialer Optionen erweist sich als Angeld des Vertrauens, selbst im endgültigen Zerfall des Todes nicht unterzugehen.

Solche Quellen heutiger Bewältigung des Todes sind auch durch ganz eigene Paradoxien moderner Medizin verdeckt

worden: Die vielfältigen Optionen heutiger Therapie – ein Segen menschlichen Erfindungsgeistes und sorgfältiger medizinischer Forschung und Anwendung – drängen die Lasten von Krankheit und Sterben nicht nur zurück. Sondern sie lassen sie – wie in einem ungewollten Nebeneffekt – besonders spürbar werden. Deutlich wird das an dem Umstand, dass die moderne Medizin mit ihren reichen therapeutischen Optionen das Sterben heute „verlangsamt“ hat.

Zwar gibt es durch die Eingriffsmöglichkeiten mithilfe von Operationen und Medikamenten immer wieder Chancen, das Sterben hinauszuzögern und Lebenszeit zu verlängern. Aber gleichzeitig bedarf es dadurch einer viel tieferen Auseinandersetzung mit den Phasen des eingeschränkten und verlöschenden Lebens. Denn über viel längere Zeiträume hinweg müssen Menschen ihr Leben mit Behinderungen und Belastungen gestalten. Immer mehr Menschen „warten“ immer länger auf den Tod. Das führt die Unausweichlichkeit und Härte des Sterbens deutlicher vor Augen, als es in vergangenen Zeiten der Fall war. Hier dominierte der rasche Tod – ein Sterben, nach dem sich viele Menschen heute sehnen.

Von diesem Zusammenhang her wird wohl verständlich, warum gegenüber der Vergangenheit die Selbsttötung in der Gegenwart zu einer Art Befreiungshoffnung geworden ist. Pointiert gesagt: Menschen haben Angst vor dem medizinisch induzierten langsamen Sterbeprozess. Grund dafür ist auch, dass die Medizin das Sterbenlassen im Zuge ihrer immer erfolgreicherer Erweiterung erst hat lernen müssen! Therapeutischer Übereifer hat nicht selten trotz der Aussichtslosigkeit die Patienten auf den Weg in den Tod noch einmal zusätzlich belastet.

Vielleicht ist es gerade deshalb dazu gekommen, dass der Tabubruch (Selbsttötung entgegen dem traditionellen Verbot) als Ausdruck besonderer Selbstbestimmtheit erlebt wird: gegen die Bevormundung durch die medizinischen Berufe. Und auch die christliche Ethik, trägt nach dem Empfinden vieler Zeitgenossen Mitschuld an der zu großen Vorsicht, die Optionen am Lebensende zugunsten des Sterbenlassens, des aktiven Einverständnisses mit dem Tod zu entscheiden.

Christliche Wurzel der Palliativmedizin als Werbung um Lebensmut

Die christliche Weltanschauung bietet nach dem heutigen Verständnis demgegenüber aber eine Sorge für den Menschen im Sterben an, die ihn mit dem Respekt seiner Selbstbestimmung, der Einbettung in die tiefe Kreativität der Erleichterung der Lasten und der Zusicherung der Unantastbarkeit seines Lebens bis hin zum angemessenen Sterbenlassen Sicherheit und Geborgenheit schenken möchte. Es geht nicht um einen reinen Naturtrieb, nicht um die Verpflichtung zu gesellschaftlicher Solidarität, nicht um ein abstraktes Herrschaftsrecht Gottes, sondern um Selbstliebe, um Selbstachtung im Leid.

Angesichts der Offenheit der Deutung des Todes als unvermeidbares Schicksal, möglichen Sturz in das Nichts oder letzte Vollendung ist die Auszeichnung der selbst unternommenen Lebensbeendigung als eigentliche Geste menschlicher Selbstbestimmung eine große Metapher. Sie übt eine tiefe Faszination auf die an die aktive Lebensführung gewöhnte moderne Kultur aus. Und doch braucht es einen Schutz gegen eine Dynamik, die nicht recht weiß, wann die Aktion der Tötung angesichts der Lebenslasten einzusetzen hat. Welches Ausmaß des Leidens, welche Höhe des Alters, welche Qualität der Lebensbeschränkung den Startschuss für die Selbstbestimmung in den Tod hinein abgeben müssen. Mit wie viel Engagement und Einsatz die Gesellschaft die Lebenserleichterung bis in schwerste Belastungen hinein aufrechterhalten will. Oder ob die Liberalisierung letztlich sagen möchte, dass der Einzelne mit den Entscheidungen nicht nur seine persönliche Freiheit ausdrücken kann, sondern auch alleine bleiben muss. Weil ihn der Ausweg in den Tod einen Schlussstrich ziehen lässt, der mit den Belastungen des Sterbeprozesses für sich selbst auch die Pflicht der Gesellschaft zu Hilfe und Solidarität begrenzt. Weil sich die Starken, die in der Vitalität des Lebens stehen, von den Schwachen, die mit dem Leid kämpfen, abwenden, um nicht von den Lasten des anderen berührt zu werden.

| Prof. Dr. Josef Römelt

Professor für Moraltheologie an der Universität Erfurt (Katholisch-Theologische Fakultät)

Umweltschutz – ein Thema für die Theologie?

Von den Anfängen bis zu „Laudato si’“

Wenn wir unsere Überlegungen zur menschlichen Verantwortung gegenüber der natürlichen Umwelt in einen breiteren Kontext stellen, können wir feststellen, dass die gesamte Tradition des westlichen Denkens die ökologische Dimension menschlicher Existenz und menschlichen Handelns vernachlässigt hat. Mit der Entwicklung der modernen Wissenschaft und dem Einsatz von Technologie hat der Mensch jedoch begonnen, sowohl die Ökosysteme als auch die genetischen Codes wesentlich zu verändern. Die ökologische Krise seit den 1960er Jahren deckte die negativen Auswirkungen menschlichen Handelns auf das Funktionieren der gesamten natürlichen Umwelt auf. Boden- und Wasserverschmutzung, saurer Regen und die schädlichen Auswirkungen von Pestiziden waren die ersten Anzeichen dafür, dass der Mensch bestimmte Naturgesetze respektieren muss, wenn er auf der Erde überleben will.

Das Christentum fand sich hier auf der Anklagebank wieder. Die Umweltaktivisten warnten davor, dass die Anweisung in der Genesis, dass sich der Mensch die Erde unterwerfen solle, die uneingeschränkte Ausbeutung der Güter der Erde ermöglicht und somit zu den katastrophalen Folgen der Zerstörung der natürlichen Umwelt geführt hat. Als Antwort auf die starken Vorwürfe bezüglich der biblischen Anweisung haben viele Exegeten und Theologen versucht, die Schuld zu vermindern, die dem Christentum wegen des sich verschlechternden Zustands des Planeten auferlegt worden war. „Die Erde beherrschen“ bedeute keine absolute Herrschaft, sondern beinhalte Verantwortung und Fürsorge. Im praktischen Bereich müssen wir aber feststellen, dass sich gleichwohl Katholik*innen leider nicht im großen Stil in Umweltbewegungen engagiert haben. Dafür gibt es wahrscheinlich mehrere Gründe. Zum einen haben sich viele Umweltaktivisten den katholischen Ansichten widersetzt, das menschliche Leben von der Empfängnis an zu schützen. Sie leugneten den spezifischen Platz des Menschen innerhalb der natürlichen Welt, eine der grundlegenden Wahrheiten der biblischen

Botschaft. So bildete sich ein unlogischer Widerspruch zwischen den Verteidigern der Menschenrechte von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod und den Verteidigern der Rechte der natürlichen Umwelt.

Die Wende mit der Enzyklika *Laudato si’*

Mit der Wahl von Papst Franziskus hat sich jedoch der Fokus von der menschlichen Bioethik auf den Umweltschutz und die soziale Gerechtigkeit verlagert. Die Enzyklika *Laudato si’* aus dem Jahre 2015 bietet eine umfassende Sicht der Stellung des Menschen in der natürlichen Welt und seiner Verantwortung für das Schicksal unseres Planeten, den Franziskus „unser gemeinsames Haus“ nennt. Papst Franziskus erkennt an, dass „wir Christen die Schriften manchmal falsch interpretiert haben“, dass wir aber heute mit Nachdruck zurückweisen müssen, „dass aus der Tatsache, als Abbild Gottes erschaffen zu sein, und dem Auftrag, die Erde zu beherrschen, eine absolute Herrschaft über die anderen Geschöpfe gefolgert wird“ (LS 67). An verschiedenen Stellen im Rundschreiben lehnt er ausdrücklich den „despotischen“ (LS 68), „fehlgeleiteten“ (LS 69, 118, 119, 122), „modernen“ (LS 115, 116) Anthropozentrismus ab. Dieser übermäßige Anthropozentrismus leitet sich seiner Ansicht nach nicht aus der biblischen Tradition ab, sondern entwickelte sich innerhalb der modernen wissenschaftlichen und technischen Zivilisation. Die ökologische Krise sei „ein Aufbrechen oder ein Sichtbarwerden der ethischen, kulturellen und spirituellen Krise der Moderne“ (LS 119).

Trotz seiner kritischen Beurteilung des Anthropozentrismus sucht Papst Franziskus nicht nach Alternativen in der biozentrischen Ethik: „Man kann vom Menschen nicht einen respektvollen Einsatz gegenüber der Welt verlangen, wenn man nicht zugleich seine besonderen Fähigkeiten der Erkenntnis, des Willens, der Freiheit und der Verantwortlichkeit anerkennt und zur Geltung bringt.“ (LS 118)

Franziskus ist nicht damit einverstanden, die Trennlinie zwischen Menschen und anderen Lebewesen aufzuheben und kritisiert dabei auch Umweltaktivisten, die sich für Tierrechte einsetzen und darüber die Menschenrechte vernachlässigen. „Ein Empfinden inniger Verbundenheit mit den anderen Wesen in der Natur kann nicht echt sein, wenn nicht zugleich im Herzen eine Zärtlichkeit, ein

Mitleid und eine Sorge um die Menschen vorhanden ist.“ (LS 91) Das letzte Motiv für die Sorge um die Umwelt ist die Sorge um den Menschen (LS 92). Der besondere Platz des Menschen wird im Rundschreiben wie folgt gerechtfertigt: „Obwohl auch der Mensch Entwicklungsprozesse voraussetzt, schließt er etwas Neues ein, das von der Entwicklung anderer offener Systeme her nicht gänzlich erklärbar ist. Jeder von uns besitzt in sich eine persönliche Identität, die fähig ist, mit den anderen und mit Gott selbst in Dialog zu treten ... Die qualitative Neuheit, die darin besteht, dass im materiellen Universum ein Wesen auftaucht, das Person ist, setzt ein direktes Handeln Gottes voraus, einen besonderen Ruf ins Leben und in die Beziehung eines Du zu einem anderen Du.“ (LS 81)

Plädoyer für eine „anthroporelationale Ethik“

Wir haben gesehen, dass die Enzyklika *Laudato si'* letztendlich keine klare Alternative zur anthropozentrischen Sichtweise bietet. Sie besteht zwar klar darauf, dass es falsch ist zu denken, „dass die anderen Lebewesen als bloße Objekte angesehen werden müssen, die der willkürlichen Herrschaft des Menschen unterworfen sind“ (LS 82), sie definiert aber nicht, wie der tatsächliche Status anderer Geschöpfe ist und was ihr eigener Wert. Franziskus lehnt die moderne individualistische autarke Autonomie ab und ersetzt sie durch das Konzept der Vernetzung und Interdependenz. Aus meiner Sicht unternimmt er jedoch aus Angst, die menschliche Besonderheit ganz auszulöschen, keinen entscheidenden Schritt zur Überwindung des Anthropozentrismus, was einige Leser bedauern.

Dieselbe Enzyklika selbst bietet die Möglichkeiten für weitere Schritte. Fast wie ein Motto wiederholt sich im Schreiben die Ansicht, „dass alles miteinander verbunden ist“ (LS 11, 16, 70, 85, 91, 92, 112, 117, 120, 137, 138, 141, 240). In der inneren Tiefe erfährt der Mensch eine Verbindung mit anderen Menschen, mit allen Lebewesen und mit der gesamten Schöpfung. Der Ausgangspunkt des neuen Denkens könnte sein, dass die primäre Erfahrung des Menschen darin besteht, Teil der gesamten Schöpfung zu sein. *Laudato si'* betont ausdrücklich, dass „unser Körper uns in eine direkte Beziehung zu der Umwelt und den anderen Lebewesen stellt“ (LS 155).

Ich schließe mich jenen Theologen an, die in den letzten Jahrzehnten eine anthroporelationale Ethik gefordert haben, die sich aus der Tatsache ergibt, dass der Mensch prinzipiell ein Wesen ist, das mit anderen Wesen verbunden ist und ein Teil des gesamten Ökosystems bildet. Als solcher ist er auch für die gesamte Schöpfung verantwortlich. Natur und nichtmenschliche Lebewesen haben unabhängig vom Menschen ihren eigenen Wert und handeln nach ihren eigenen Zwecken, die nicht vom Menschen bestimmt werden. Die Natur existierte bereits vor dem Menschen und kann ohne ihn existieren. Der Mensch kann jedoch nur in Verbindung mit der natürlichen Umwelt existieren. Der Mensch ist allerdings das einzige Wesen, das aufgrund von Vernunft und freiem Willen moralische Verantwortung übernehmen kann.

Ich begrüße den Vorschlag des irischen Theologen Sean McDonagh, innerhalb der katholischen Kirche eine dreijährige Synodenbewegung zu veranstalten, die sich der Stärkung des Umweltbewusstseins und der Förderung einer ethischen Haltung gegenüber der Umwelt widmet. Das erste Jahr würde auf lokaler Ebene stattfinden, das zweite Jahr auf nationaler Ebene und das dritte Jahr auf globaler Ebene. Als Ziele des Synodenprozesses könnte ich mir vorstellen, im Dialog mit den Wissenschaften und Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen das Bewusstsein für den wirklichen Zustand unseres Planeten zu stärken, ökologische Umkehr (LS 114) und ökologische Spiritualität zu fördern, neue liturgische Gebetsweisen mit Umwelteinhalten zu entwickeln und zu gestalten und engagierte und verantwortungsvolle Umweltmaßnahmen zu unterstützen.

| Prof. Dr. Roman Globokar

Professor für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät der Universität Ljubljana.

Kurzfassung des gleichnamigen Beitrags in Ausgabe 2/2021 der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven (OWEP, www.owep.de)

Katholische Investorenallianz fordert Brasilien zum Schutz des Amazonas auf

Warum das weltweit erste katholische Engagement dieser Größenordnung etwas verändern könnte

Die brasilianische Regierung unter dem aktuellen Präsidenten Jair Bolsonaro treibt die Zerstörung des Amazonas-Regenwalds massiv voran. Aus der christlichen Überzeugung heraus, als katholische Finanzmarktteilnehmerin ihre Möglichkeiten zum Schutz des Amazonas und der dort lebenden indigenen Bevölkerung voll ausschöpfen zu müssen, führt die Bank für Kirche und Caritas (BKC) gemeinsam mit der Sonderkommission für Integrale Ökologie und Bergbau der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) und dem katholischen Klimaschutznetzwerk Global Catholic Climate Movement (GCCM) eine internationale Gruppe von nahezu 100 katholischen Institutionen aus 18 Ländern mit dem Ziel an, die brasilianische Regierung zu einem stärkeren Schutz der Menschen- und Umweltrechte im Amazonas zu bewegen.

Als katholische Kirchenbank wendet die BKC schon seit fast 20 Jahren eine ethisch-nachhaltige Anlagestrategie in all ihren Kapitalanlagen an. Anhand von Ausschluss-, Positiv- und Negativkriterien gestaltet sie ihre Anlagen auf Basis ihrer christlichen Wertorientierung. Neben der Berücksichtigung ethisch-nachhaltiger Anlagekriterien betreibt die BKC stellenweise zusätzlich das sogenannte „Engagement“ [engl.]. Engagement steht für die aktive Einflussnahme eines (potenziellen) Investors auf die Nachhaltigkeitsbemühungen von Unternehmen, Staaten und anderen Investitionsobjekten. Das Ziel der BKC ist es dabei, Investitionsobjekte über verschiedene Dialog- oder Abstimmungsstrategien dazu zu motivieren, ihre Nachhaltigkeitsbemühungen zu intensivieren. Die Bank führt ihre Engagement-Aktivitäten nicht nur durch, um die Nachhaltigkeitsrisiken innerhalb ihres Anlageuniversums zu reduzieren, sondern hauptsächlich, um eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

Funktionsweise von Engagement

Eine ethisch-nachhaltige Anlagestrategie, die auf dem Einsatz eines Nachhaltigkeitsfilters beruht, führt dazu, dass in Investitionsobjekte investiert wird, die der Wertorientierung des Investors entsprechen. Wird diese Anlagestrategie jedoch nicht um ein Engagement ergänzt, bleiben die Unternehmen und Staaten, in die aus Nachhaltigkeitsgründen nicht investiert wird oder bei denen Nachhaltigkeitsbedenken bestehen, über die Hintergründe im Dunkeln. Denn durch Engagement werden Unternehmen und Regierungen mit konkreten Nachhaltigkeitsanforderungen von Investoren konfrontiert. In einigen Fällen bestehen jedoch nur geringe Chancen, dass der Investor mit einer allein geführten Engagement-Aktivität etwas beim Investitionsobjekt bewirkt. Deshalb schließt sich die BKC manchmal mit anderen Investoren, Kapitalmarktakteuren oder Nichtregierungsorganisationen zusammen, um gemeinsam ein Engagement auf den Weg zu bringen.

Das Problem in Brasilien

Die amtierende brasilianische Regierung heizt seit Beginn der Amtszeit von Präsident Jair Bolsonaro im Januar 2019 die Zerstörung des Amazonas-Regenwalds, der für den Schutz des Weltklimas und der dort lebenden indigenen Bevölkerung unabdingbar ist, zusätzlich an. Die vernichteten Regenwaldgebiete werden anschließend häufig für Viehzucht, Bergbau oder Landwirtschaft genutzt. Insgesamt hinterlassen die rücksichtslosen Abholzungen und Brandrodungen im Amazonas eine Spur massiver Umweltverwüstung. Damit einher gehen oftmals Vertreibung, Entrechtung und nicht selten sogar Morde an der dort ansässigen indigenen Bevölkerung. All diese dramatischen Entwicklungen für Mensch, Gesellschaft und Umwelt stehen in krassem Gegensatz zum christlichen Leitmotiv der „Bewahrung der Schöpfung“ und zur Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus.

Im Fall Brasilien ist die BKC von der Notwendigkeit überzeugt, ihre Möglichkeiten als katholische Finanzmarktteilnehmerin voll auszuschöpfen und eine katholische Investorenallianz zusammenzubringen, um die „Stimme“ gegenüber der brasilianischen Regierung wirksam zu er-

heben. Leitend war dabei der Gedanke, dass in einem katholisch geprägten Land wie Brasilien eine gemeinsame katholische Investorenstimme „gehört“ werden könnte und dadurch den Handlungsdruck auf die Regierung erhöht.

Erfreulicherweise ist es gelungen, eine spürbar wahrnehmbare Allianz für dieses Engagement zu schmieden. Gemeinsam mit der Sonderkommission für Integrale Ökologie und Bergbau der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) und dem katholischen Klimaschutznetzwerk Global Catholic Climate Movement (GCCM) führt die BKC eine internationale Gruppe von nahezu 100 katholischen Institutionen aus 18 Ländern an. Zu den Unterstützern gehören unterschiedlichste katholische Akteure, etwa aus Deutschland das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR, das Bistum Aachen, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, verschiedene Ordensgemeinschaften und Kirchengemeinden.

Das weltweit erste Engagement dieser Größenordnung katholischer Investoren hat Ende März dieses Jahres in einem Brief an hochrangige brasilianische Regierungsvertreter, darunter der Präsident Jair Bolsonaro und sein Vizepräsident Hamilton Mourão, detaillierte Forderungen zum Schutz des Regenwalds und der indigenen Bevölkerung gestellt. Unter anderem wird verlangt, dass ein schlüssiger Plan zur Bekämpfung der Abholzung und Brandrodung und zum Schutz der Landeigentums- und Menschenrechte der indigenen Bevölkerung im Amazonasgebiet entworfen und umgesetzt wird. In einem ersten Schritt soll die brasilianische Regierung zu einem konstruktiven Dialog bewegt werden.¹

Erfolgsaussichten dieses Brasilien-Engagements

Bereits letztes Jahr haben nicht-katholische Investorengruppen Engagement-Dialoge mit Brasilien zum Schutz des Amazonas-Regenwalds gestartet. Um den Investoren- druck zu bündeln, strebt die katholische Gruppe eine Vernetzung mit diesen Investorengruppen an. Speziell aber

im katholisch geprägten Brasilien kann eine „katholische Investorenstimme“ einen hilfreichen Beitrag zur Diskussion über den Schutz des Amazonas leisten. Dies liegt daran, dass sie nicht nur in kapitalmarktabhängigen Wirtschafts- und Finanzkreisen gehört wird, sondern auch in vielen Gesellschafts- und Regierungsebenen Brasiliens. Mögen Investoren bei Unternehmen eine der wichtigsten Stakeholdergruppen sein und sich damit oftmals Gehör in Engagement-Dialogen verschaffen, so ist dies bei Staaten nicht der Fall. Denn die wichtigste Stakeholdergruppe einer Regierung sind nicht die institutionellen Investoren, sondern die Wähler und weitere Stakeholder.

Das katholische Brasilien-Engagement hat eine enorme mediale Aufmerksamkeit in Brasilien und international erhalten. Bis heute haben über 70 brasilianische und internationale Medien darüber berichtet und so die Dringlichkeit des öffentlichen Handelns unterstrichen. Gleichermäßen erfreulich ist, dass die angesprochenen Staatsvertreter erste zaghafte Signale zu einer generellen Gesprächsbereitschaft an die Investorenallianz gesandt haben.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dieses katholische Engagement in Brasilien wahrgenommen wird und so hoffentlich seinen Beitrag zur Veränderung der menschenrechtlichen und ökologischen Situation im Amazonas leistet. Daneben ist aber mit dem weltweit ersten katholischen Engagement dieser Größenordnung, noch dazu auf internationaler Ebene, ein wichtiger Impuls gegeben worden. Er zeigt, dass ein Engagement katholischer Investoren nicht nur machbar und erfolgversprechend ist, sondern auch von vielen unterschiedlichen katholischen Akteuren unterstützt wird. Diese Erkenntnis ist speziell für Deutschland von Bedeutung, da es – anders als auf evangelischer Seite mit dem Arbeitskreis kirchlicher Investoren (AKI), der seit Jahren schon Engagement betreibt – hier bislang keine institutionalisierte Möglichkeit eines gemeinschaftlichen katholischen Engagements gibt. Es bleibt also abzuwarten, ob und welche Veränderungen dieses katholische Engagement sowohl in Brasilien als auch in Deutschland anstößt.

¹ Ausführliche Informationen zu dieser Engagement-Aktivität finden sich auf <https://www.bkc-paderborn.de/nachhaltige-geldanlagen/nachhaltigkeitsfilter/engagement/engagement-brasilien.html>

| **Tommy Piemonte**

Leiter Nachhaltigkeitsresearch bei der Bank für Kirche und Caritas eG, Paderborn

Corona als Herausforderung für das Gemeinwohl

Zum Beitrag der Medien

Krisenzeit ist auch Populismuszeit. Im Kern stellt Populismus einen Angriff auf die staatlichen Institutionen dar – unter dem Vorwand, im Namen des Volkes zu sprechen. Ich sehe es als Kernaufgabe von Journalistinnen und Journalisten, einzelne Ereignisse in diesen Zeiten immer wieder auf diesen Kern zurückzuführen und – natürlich unter Wahrung der journalistischen Unabhängigkeit – Angriffe auf staatliche Institutionen so zu markieren.

Im Kommunismus hatte die katholische Kirche durch ihren Kampf gegen die Diktatur große Autorität auch unter Nichtgläubigen gewonnen. Sie moderierte im Hintergrund den Dialog zwischen den kommunistischen Machthabern und der Solidarność-Bewegung. Die Bischöfe nutzten ihre starke politische Stellung nach dem Zusammenbruch der Diktatur, um mit dem Gesetz über den Schutz des ungeborenen Lebens ein schärferes Abtreibungsrecht durchzusetzen. In Deutschland konnte man seit dem Aufkommen von Pegida, katalysiert 2015 durch die Flüchtlingswelle, spüren, wie Populismus wirkt: verunsichernd, polarisierend, aggressiv. Auch Journalisten waren durch direkte Angriffe, zum Beispiel bei Live-Schalten, davon betroffen. Aufstieg und Fall von Donald Trump zeigen, dass Demokratie immer angreifbar ist, sogar von innen heraus, sogar in einem mehr als 200 Jahre alten demokratischen System. Mit der Wahl von Joe Biden hat sich auch gezeigt, dass Wahlen zu einer anti-populistischen Mobilisierung werden können, auch wenn Trump ganz am Ende noch versuchte, die Essenz der Demokratie, das Parlament und freie Wahlen, anzugreifen.

Wie fragil und angreifbar das demokratische System der USA trotz der Niederlage Trumps im November 2020 bleibt, zeigte sich, als am 6. Januar eine wütende, teilweise bewaffnete Gruppe das Kapitol stürmte und dabei Abgeordnete, ja sogar den Vizepräsidenten mit dem Tod bedrohte. Diesen Angriff kann man mit Fug und Recht als gescheiterten Staatsstreich bezeichnen. Der Sturm aufs Kapitol hatte eine Art Vorspiel in Deutschland, als es

Ende August 2020 nach einer Anti-Corona-Demo nur drei mutige Polizisten waren, die eine Mischung aus Pandemie-Leugnern, Reichsbürgern und AfD-Anhängern davon abhielten, in den Reichstag vorzudringen. Auch die Farce um die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten im Februar 2020 kann man als populistisches, gegen die Regeln der parlamentarischen Demokratie gerichtetes Komplott beschreiben, damals unter Mitwirkung einer irregeleiteten FDP. Also: Auch unsere Demokratie ist angreifbar. Die Corona-Krise ist nicht nur eine „demokratische Zumutung“, wie die Kanzlerin sagte, in Bezug auf eingeschränkte Bürger- und Freiheitsrechte, sondern ein Ausnahmezustand, in dem alle gewohnten Formen der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung eingeschränkt sind. Es gibt kaum Straßen- und Hallen-Wahlkampf, wodurch die Rolle der Medien als Forum für Informationsvermittlung und Meinungsbildung noch wichtiger wird. Das gilt insbesondere für den Bundestagswahlkampf, in dem mit Ablauf der Pandemie politische Lager wieder klarer werden, was sich auch in den Medien widerspiegelt. Ein Wort zu den Kirchen: Die Pandemie hat die Kirchen in einem denkbar ungünstigen Moment erreicht. Vor allem die katholische Kirche befindet sich in einer Phase größter Verunsicherung durch die Missbrauchskrise und jahrzehntelang verschleppte Reformen. Ein zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen überforderten Amtsträgern und fordernden Laien war keine gute Grundlage für ein selbstbewusstes Agieren in der Pandemie. Zunächst haben die Kirchen in Deutschland versucht, institutionell solidarisch mit dem Staat zu sein und deshalb z. B. auf Gottesdienste verzichtet. Nach einiger Anlaufzeit und Lehrstunden in Sachen digitalem Nachholbedarf fanden sich zunehmend Beispiele erfreulicher Improvisationsbereitschaft und Kreativität. Bis heute wären Gottesdienste ohne das Engagement von ehrenamtlich Tätigen nicht möglich. Auch wenn einzelne Geistliche ihren Einsatz für Kranke und Sterbende mit dem Leben bezahlten, scheint bei vielen Menschen Corona nicht als Stunde in Erinnerung zu bleiben, in der sie in den Kirchen Zuspruch, Trost und Anlehnung fanden. Gleichzeitig rückten z. B. mit den Ethikräten neue Stimmen als Anwälte der Schwächsten und humaner Werte in den Vordergrund. Dass christliche Kernwerte, wie der Respekt vor dem Alter oder Sorge für die besonders Verletzlichen, das politische Handeln, etwa bei der Impf-Reihenfolge, bestimmten, ist

– bei aller Kritik an der Corona-Politik – ein wichtiger Unterschied, etwa im Vergleich zu China, wo die Wirtschaft immer Vorrang hatte.

Corona wurde zur Generationen-Erfahrung. Die Post-Kriegsgeneration, die Absicherung gewohnt war, machte nun zum ersten Mal die Erfahrung, dass der Staat diese Absicherung und Hilfe nur bedingt leisten kann. Corona hat klargemacht, dass der Staat vom guten Willen und der Mithilfe seiner Staatsbürger abhängt, um erfolgreich auf Krisen reagieren zu können.

Die Pandemie ist ein Turbo, der viele Prozesse treibt. Was den Journalismus angeht, war und ist Corona Herausforderung und Chance zugleich. Es sieht so aus, als hätten die Qualitätsmedien sie nutzen können, mit zahlreichen Sonderanstrengungen, erfolgreichen Nachrichten, Talks und Online-Plattformen, die längst in eine große, jüngere Zielgruppe hinein ausstrahlen.

Auf dieser erfreulichen Bilanz sollten Journalistinnen und Journalisten sich aber nicht ausruhen. Wir spüren schon, dass das Thema Corona mittlerweile viele User und Zuschauer ermüdet oder aufregt, mancher hat auch einfach die Nase voll. Nach Monaten des Konsens hat das zweite Corona-Jahr Streit um die Beschaffung der Impfstoffe gebracht, um Verteilung, Tests, zuletzt um Lockerungen und die Gewährung der Freiheitsrechte.

Die Bewältigung der Pandemie ist zu einem politischen Thema geworden, bei dem öffentlich-rechtliche Medien, eines der großen Gemeinwohl-Projekte unseres Landes, ihre Aufgabe darin sehen, von Tag zu Tag Fakten zu vermitteln, Kontroversen plural abzubilden und mit Sendungen wie dem „auslandsjournal“ den Vergleich mit dem Ausland zu ermöglichen. Ich bin überzeugt, dass Talksendungen wie „maybrit illner“ oder „Lanz“ gerade deshalb gefragt sind, weil die Redaktionen Faktenvermittlung, Gespräch und Kontroverse miteinander verbinden und zur Bewältigung dieser Krise beitragen.

Solidarität ist der Kernwert in diesen Monaten, auf sich selbst aufzupassen die effektivste Methode, um auch mit anderen solidarisch zu sein. Das Individuum muss Kräfte aktivieren für das Kollektiv. Macrons Vergleich „Wir sind im Krieg“ empfand ich zu Beginn der Krise befremdlich. Inzwischen ist das Bild greifbarer geworden: Es gibt einen Gegner, ungeheure Mittel werden mobilisiert. Wir sind inzwischen zuversichtlich, dass wir gegen das Virus gewinnen, wissen aber noch nicht, wann das sein wird.

Wir können diese „Schlacht“ nur solidarisch gewinnen, obwohl die Zeit uns gerade viele Gelegenheiten und Orte nimmt, an denen wir normalerweise Solidarität gewinnen und zeigen können.

Ich möchte noch einmal auf Trump zurückkommen. Er konnte nur dank seines Paralleluniversums in den digitalen Medien groß werden. Auch wenn Twitter und Facebook sich in allerletzter Minute von ihm distanzieren, bleiben die Social-Media-Plattformen kritikwürdig. Wer die schrillsten Formulierungen per Algorithmus belohnt, dabei die Verbreitung alternativer Fakten begünstigt und den Kompromiss verteufelt, der spaltet, statt zusammenzuführen. Dass das Europäische Parlament, der Europäische Gerichtshof, aber auch unsere nationale politische Ebene versuchen, Regeln für diese neue Welt der politischen Öffentlichkeit zu finden, ohne den Grundsatz der freien Meinungsäußerung einzuschränken, sehe ich als positive und auch notwendige Entwicklung.

Wir als beitragsfinanzierte Sender haben die Aufgabe zusammenzuführen und nicht zu polarisieren. Gerade in einem Superwahljahr mit sechs Landtags- und einer Bundestagswahl ist es besonders wichtig, auch abweichende Meinungen ins Programm zu holen, natürlich in Abgrenzung zu extremistischen, diskriminierenden oder antisemitischen Positionen. Obwohl Journalismus in der Tradition der Aufklärung dabei vor allem auf die Kraft der Kritik setzt, ist dabei auch erlaubt herauszuarbeiten, welche politischen Projekte dem Allgemeinwohl oder nur Partikularinteressen nutzen.

Es wäre gefährlich, in Zeiten des Zweifels auf die Mehrheit der Vertrauenden zu setzen. Wir verstehen uns gerade jetzt als Plattform, wo die Fragen, Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Raum bekommen und gesellschaftlicher Diskurs stattfindet.

Wir müssen versuchen, die Zweifler zurückzugewinnen. Bei einigen wird uns dies nicht gelingen. Aber wir müssen alles daransetzen, dass das Virus des Zweifels nicht in die Mitte der Gesellschaft überspringt. Mit Transparenz, Selbstkritik und dem Willen, auch in widrigen Umständen das Gespräch mit dem Publikum zu führen, können wir das erreichen.

| [Dr. Peter Frey](#)
ZDF-Chefredakteur und Mitglied des ZdK



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41. D 53154 Bonn

Aufholpaket fürs Leben

Wie solidarisch sind wir mit jungen Menschen?

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) nimmt die Interessen und das Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht erst seit der Corona-Pandemie in den Fokus. Doch gerade in dieser Zeit war und ist es wichtiger denn je.

Im öffentlichen Diskurs wurde viel zu lange ausgeblendet, dass junge Menschen und ihre mentale Gesundheit unter der Corona-Pandemie besonders leiden. Die „Jugend & Corona“-Studien der Universitäten Frankfurt und Hildesheim stellen zwar bereits seit Sommer 2020 fest, dass junge Menschen während der Corona-Pandemie mit ihren Sorgen und Bedarfen kaum Gehör finden, dennoch wurde noch lange die Reduktion auf Virusüberträger*innen und Regelbrecher*innen weiter erzählt, obwohl sich durch Studien frühzeitig feststellen ließ, dass der überwiegende Teil der jungen Menschen äußerst verantwortungsvoll und solidarisch mit dieser Situation umgegangen ist. Was zu kurz kam waren die jungen Menschen selbst. Denn sie brauchen entwicklungspsychologisch die Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen, sie brauchen Freiräume zum Erproben unterschiedlichster Formen des Zusammenlebens und sie haben ein grundgesetzlich verankertes Recht auf Bildung – in und außerhalb formaler Einrichtungen. Ein Sommer 2021 ohne Jugendbildungsmaßnahmen, Zeltlager, Fortbildungskurse und andere außerschulische Bildungsangebote wäre nach den vergangenen Monaten eine Katastrophe für viele Kinder und Jugendliche, weil ihnen diese wichtigen Orte der Persönlichkeitsentwicklung, die soziale Nähe anderer Menschen und der Spaß fehlen. Mit dem Programm „Aufho-

len nach Corona“ will die Bundesregierung junge Menschen zurück in ein unbeschwertes Aufwachsen begleiten und sie beim Aufholen von Lernrückständen unterstützen. Finanzielle Unterstützung ist jetzt wichtig. Aber mit Geld alleine ist es nicht getan: Damit non-formale Bildungsangebote überhaupt wieder möglich werden braucht es schnellstmögliche Planungsperspektiven für den Sommer. Es braucht flächendeckende Ausnahmen für nicht-geimpfte Kinder und Jugendliche. Es braucht Solidarität mit jungen Menschen. Denn hier geht es nicht nur um ein Aufholpaket fürs Lernen, sondern auch ein Aufholprogramm für die jugendliche Unbeschwertheit, ein optimistisches Aufholpaket fürs Leben!

Doch leider sehen bisherige Öffnungsszenarien der Länder kaum die Durchführung von Freizeitmaßnahmen mit Übernachtung vor. Und das, obwohl es gerade in Zeltlagern und Selbstversorger-Freizeiten so einfach und sicherer als in jedem Dreisternehotel sein könnte: mit im Sommer 2020 erfolgreich erprobten Hygienekonzepten, mit gut durchlüfteten Zelten statt stickigen Klassenzimmern. Klar ist: Ein gewisses Restrisiko wird bleiben – in allen Lebensbereichen wo Menschen miteinander in Kontakt treten. Vielleicht ist es aber eine ebenso wichtige Entwicklungsaufgabe für uns alle, in den kommenden Jahren damit umgehen zu lernen. Auch über den Sommer hinaus braucht es eine verlässliche Zusage der politischen und kirchlichen Entscheider*innen für Freiräume und außerschulische Bildungsorte junger Menschen. Denn obwohl laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gerade den Jugendverbänden bei der Eindämmung der Pandemie eine besonders verantwortungsvolle Rolle zukommt, stehen sie in vielen Pfarreien vor geschlossenen Räumen oder Pfarrgärten und wird auch der kommunale Raum, in dem sie Freizeit und Leben gestalten können, kleiner. Unsere Gesellschaft braucht – gerade in und nach Corona – junge Menschen, die diese Gesellschaft mitgestalten wollen und können. Und es braucht einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass uns junge Menschen wichtig sind und alle ihre Bildungsorte: schulische und außerschulische, formale, non-formale und informelle als komplementäre Lern- und Entwicklungsorte. Denn auch in Krisenzeiten gilt: Persönlichkeitsentwicklung darf nicht verhandelbar sein!

| **Lisi Maier**

Geschäftsführende BDKJ-Bundesvorsitzende
Vorsitzende Deutscher Bundesjugendring
Stellvertr. Vorsitzende Deutscher Frauenrat

Pressestelle Hochkreuzallee 246. 53175 Bonn
Postfach 24 01 41. 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Marc Frings Generalsekretär

Redaktion
Britta Baas Pressesprecherin

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoerner